

JUPI-Fraktion ● Rathausplatz 2-4 ● 79098 Freiburg

Herrn
Oberbürgermeister Martin Horn

hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de

Freiburg, 27.10.22

Antrag nach §34GemO: Städtepartnerschaft mit Isfahan einfrieren

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Martin Horn,

die unterzeichnenden Fraktionen beantragen, die offiziellen Kontakte zu Isfahan unverzüglich ruhen zu lassen:

1. Die Partnerschaft mit Isfahan wird auf politisch-repräsentativer Ebene auf Eis gelegt. Die politische Partnerschaft soll erst dann wieder aufgenommen werden, wenn der Iran in Isfahan freie und demokratische Wahlen zulässt, politische Demonstrationen nicht gewaltvoll unterdrückt, das Existenzrecht Israels anerkennt, Frauen eine gerechte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht und die Todesstrafe für Homosexualität abgeschafft hat. Diese Entscheidung wird zusammen mit einer deutlichen Protestnote an die Verantwortlichen in Isfahan übermittelt.
2. Soweit möglich, sollen bürgerschaftliche Kontakte weiter finanziell und institutionell gefördert werden. Der Freundeskreis Freiburg-Isfahan e.V. wird weiterhin unterstützt, sofern er keine Kontakte zu Vertreter*innen des iranischen Regimes pflegt.
3. Wir fordern die Stadt auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten iranische oppositionelle Organisationen zu unterstützen, die mit viel Mut daran arbeiten, den Menschen in Isfahan eine demokratische und freiere Zukunft zu ermöglichen.
4. Zeichen der Partnerstadt in Freiburg werden den Protestierenden im Iran gewidmet. So könnte beispielsweise die Isfahanallee ein entsprechendes Zusatzschild erhalten, das Stadtwappen im Pflaster vor dem Rathaus wird eingelagert, ein kreativer Umgang mit der Leerstelle soll gefunden werden.

Begründung:

In Isfahan und im ganzen Iran protestieren aktuell tausende mutige Menschen für Freiheit und Demokratie und stellen sich gegen das autoritäre Regime. Die Proteste werden auch in Isfahan blutig niedergeschlagen, etliche Todesopfer sind zu beklagen. Dennoch protestieren weiter Tag für Tag mutige Frauen und Männer für ein Leben in Freiheit.

Der Freiburger Gemeinderat muss an der Seite dieser Menschen stehen und klar Haltung zeigen gegen die autoritären Machthaber im Iran und insbesondere auch in Isfahan.

Gravierende Menschenrechtsverletzungen sind im Iran und in Isfahan nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Menschen werden öffentlich hingerichtet, Homosexuelle systematisch verfolgt und ermordet, Frauen tagtäglich misshandelt, unterdrückt und vergewaltigt. Die politische Elite in Isfahan beteiligt sich aktiv an diesen Menschenrechtsverletzungen. Es ist daher beschämend, wenn zum Beispiel der ehemalige „Bürgermeister“ Norouzi bei uns in Freiburg gegenüber der Badischen Zeitung am 25.10.18 behaupten kann, dass es keine Menschenrechtsverletzungen im Iran gebe.

JUPI-Fraktion

Rathausplatz 2-4 | 79098 Freiburg
www.jupi-freiburg.de | info@jupi-freiburg.de
0761 . 201 1890

Geschäftszeiten: Mo 10-19 Uhr, Di-Do 10-16 Uhr

Der Iran erkennt das Existenzrecht Israels und damit auch unserer Partnerstadt Tel Aviv-Yafo nicht an. Nun ist zudem auch unsere Partnerstadt Lviv von Angriffen mit Drohnen bedroht, die mutmaßlich aus iranischer Herkunft stammen.

Spätestens jetzt zeigt sich, dass es keine Grundlage für eine Freundschaft mit den politischen Verantwortlichen in Isfahan mehr geben kann. Wir können nicht Vertreter*innen nach Freiburg einladen, die sich aktiv an Menschenrechtsverletzungen beteiligen oder sie aber zumindest billigend in Kauf nehmen, noch können wir uns von diesen einladen lassen.

Jegliche Apelle aus Freiburg an die Verwaltung in Isfahan verhallen ungehört, seit dem Antritt von „Bürgermeister“ Ali Ghasemzadeh scheint jeglicher politischer Kontakt schon jetzt abgebrochen zu sein. Die einzige logische Konsequenz aus den letzten Wochen und Monaten muss nun sein, die Partnerschaft mit Isfahan zumindest auf politisch-repräsentativer Ebene einzufrieren.

Dies bedeutet nicht, dass nicht auch weiterhin freundschaftliche Kontakte zu Kulturinstitutionen und Zivilorganisationen aufrechterhalten und gefördert werden dürfen, insofern sie auf einem gemeinsamen Grundkonsens an Menschenrechten basieren.

Auf Bundes- und EU-Ebene werden neuerdings wieder verschärfte Sanktionen gegen den Iran gefordert, geplant und beschlossen. Außenministerin Anna-Lena Baerbock erklärte dazu am 26.10. auf Twitter: „Kein business as usual: Wir setzen noch bestehende bilaterale Dialogformate aus, überprüfen die wenigen verbliebenen Instrumente bei Handel & Finanzbeziehungen kritisch und reduzieren die Präsenz der in Iran tätigen [deutschen] Kulturmittler – schon aus Fürsorgegründen.“

Auch hier darf sich Freiburg nicht aus der Verantwortung ziehen und Kontakte aufrechterhalten mit Menschen, die genau auf solchen Sanktionslisten stehen sollten.

Freiburg muss hier endlich klare Kante zeigen. Wir müssen uns mit denen solidarisch zeigen, die für Demokratie und Freiheit kämpfen. Deshalb wollen wir auch Kontakte zu den mutigen Menschen im Iran, wenn irgendwie möglich, herstellen und pflegen.

Aber eine offizielle Partnerschaft zu Isfahan kann erst wieder aufgenommen werden, wenn auch dort die Menschenrechte gewahrt werden und die Unterdrückung ein Ende findet.

Mit freundlichen Grüßen

Simon Sumbert
Fraktionsvorsitzender JUPI

Simon Waldenspuhl
Stellv. Fraktionsvorsitzender JUPI

Sophie Kessl
Stellv. Fraktionsvorsitzende JUPI

Sergio Pax
Stellv. Fraktionsvorsitzender JUPI

Ramon Kathrein
Stellv. Fraktionsvorsitzender JUPI

JUPI-Fraktion

Rathausplatz 2-4 | 79098 Freiburg
www.jupi-freiburg.de | info@jupi-freiburg.de
0761 . 201 1890

Geschäftszeiten: Mo 10-19 Uhr, Di-Do 10-16 Uhr